

Laibacher Zeitung.

Nr. 235.

Pränumerationspreis: Am Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 13. October

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 Kr., 2mal 80 Kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1mal 8 Kr., 2mal 8 Kr., 3mal 10 Kr. u. s. w. Anzeigenstempel jebeim 80 Kr.

1871.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplome dem Hauptmann des Festungsartillerie-Bataillons Nr. 12 Simon Hemmelmayr den Adelstand mit dem Ehrenworte „Edler“ und dem Prädicate „Augustensfeld“ allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. October d. J. dem Generaldirector der Kaiser Franz-Joseph-Bahn, kaiserlichen Rathe Heinrich Rogger in Anerkennung seiner verdienstlichen Leistungen im öffentlichen Verkehrsinteresse den Orden der eisernen Krone dritter Klasse todtfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

11. Verzeichniß

der bei Sr. k. und k. Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Ludwig Victor zur Errichtung des Tegetthoff-Monumentes in Wien gezeichneten Beiträge.

Vom löbl. Officierscorps des Freih. v. Molinary 38. Linien-Infanterie-Regiments 30 fl., Se. Exc. Herr k. k. Minister Ritter v. Grocholski 100 fl., Se. Exc. Herr k. k. Statthalter Freih. de Pretis 50 fl., Herr Conrad Gerstberger in Prag als Reinertragniß eines am 21. August d. J. abgehaltenen Concerts 66 fl. Zusammen 246 fl. und 400 fl. in Staatsschuldverschreibungen.

Weitere Beiträge werden im Palais Sr. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Ludwig Victor (Schwarzenbergplatz) täglich von 10 bis 1 Uhr entgegen genommen, quittirt und in den Journalen kundgemacht.

Bericht

der Commission für Vorberathung des Gesetzentwurfes zum Schutze des gleichen Rechtes der böhmischen und deutschen Nationalität im Königreiche Böhmen.

Die Commission des hohen Hauses hat die ihr zugewiesene Vorlage der hohen Regierung über ein Gesetz zum Schutze der nationalen Gleichberechtigung im Königreiche Böhmen in reifliche Erwägung gezogen und ist zu dem Beschlusse gelangt, dem hohen Hause die Gutheißung dieser Regierungsvorlage mit einer nur wenig umfangreichen Abänderung zu empfehlen.

Die Commission konnte es sich nicht verhehlen, daß in einem von verschiedensprachigen Stämmen bewohnten Lande die nationalen Rechte eines jeden derselben und ihrer beiderseitigen Angehörigen, bei den zahllosen Verührungen derselben in den verschiedenartigsten Verhältnissen des Lebens, einen allezeit und allerseits ausreichenden Schutz gegen jegliche denkbare Verletzung nur in wahrhaft brüderlichem Wohlwollen der Landesöhne untereinander und in wechselseitiger, stets lebendiger Achtung finden können und daß eine solche wechselseitige brüderliche Rücksichtnahme in der gleichen Liebe für das gemeinsame Vaterland wurzeln muß.

Offenbar können diesfällige gesetzliche Bestimmungen allein eben so wenig einen vollkommen befriedigenden Zustand unter den Volksstämmen eines Landes zu Stande bringen, als etwa die bloßen Gesetze über Familienrecht edle und glückliche Familienverhältnisse zu begründen vermöchten.

Nichtsdestoweniger erscheint es im gegenwärtigen Augenblicke einer allgemeinen lebhaften Erregung des Nationalgefühles, wo Verletzungen nationaler Rechte nicht selten vorkommen und noch häufiger befürchtet werden, nicht nur rathsam, sondern geradezu nothwendig, ein solches Gesetz zu erlassen, vorerst zur Beruhigung der einmal angeregten nationalen Empfindlichkeit, ferner zu wirksamer gesetzlicher Abwehr in Fällen, wo eine solche bei der zeitweilig hochgehenden Flut nationaler Leidenschaft nothwendig erscheinen sollte, endlich wohl auch, um jenen, die sich des Abgangs eines solchen Gesetzes bedienen könnten, um ohne Grund Mißtrauen und Unfrieden unter den Söhnen eines Landes zu säen, den Anlaß hiezu zu benehmen.

Wenn es auf welcher Seite immer Elemente geben sollte, die nicht die Gleichberechtigung, sondern nur die Herrschaft oder Privilegierung einer Nationalität anstreben, oder deren Endzweilen es entsprechen mag, den Unfrieden in unserem Vaterlande stationär zu machen, für

solche wird es überhaupt unmöglich sein, ein befriedigendes Gesetz über nationale Gleichberechtigung zu bieten. Jene aber, die als treue Söhne unseres schönen Vaterlandes seine Befriedigung, die Verständigung unter seinen Söhnen ohne Unterschied der Sprache ernstlich herbeiwünschen, werden das Gesetz objectiv beurtheilen und es, zumal wenn sie sich gegenwärtig halten, daß jede Bestimmung desselben nach beiden Seiten Anwendung finden kann, ebenso gerecht als zu gleichem und ausgiebigem Schutze der nationalen Rechte und Interessen aller Böhmen ohne Unterschied der Sprache ausreichend erkennen.

Sollte auch irgend eine Bestimmung desselben dennoch nach Umständen drückend erscheinen, so möge nicht außer Acht gelassen werden, daß, wenn das Gesetz die Gleichberechtigung ehrlich zur Durchführung bringen soll, das Princip der Gegenseitigkeit darin gewissenhaft beobachtet werden muß.

Wenn dies als unbestreitbar anerkannt wird, so ist es sehr leicht, es sich klar zu machen und lebhaft vorzustellen, welche Folgen die vorgeschlagenen Bestimmungen, und welche etwa die entgegengesetzten für die Angehörigen der einen und für jene der anderen Nationalität mit sich führen müßten, wenn sie zur Anwendung gelangen sollten.

Nachdem die Presse diesen Gesetzentwurf bereits vielseitig besprochen und einer scharfen Kritik unterzogen hatte, so war die Commission in der Lage, auch deren Bemerkungen in den Kreis ihrer Erwägungen zu ziehen.

Die wichtigsten Einwendungen wurden außerhalb der Commission gegen die §§ 9 und 11 erhoben.

Was die Bestimmung des § 9 betrifft, daß bei landesfürstlichen Behörden und Gerichten in Böhmen künftig Niemand als Conceptbeamte angestellt werden könne, der nicht beider Landessprachen mächtig ist, so ist diese Bestimmung in Böhmen keineswegs eine Neuerung, da anfangend mit der Bestimmung der verneuten Landesordnung vom Jahre 1627 C. II bis auf die neueste Zeit eine lange Reihe von Gesetzen und Verordnungen von den öffentlichen Beamten, zumal von jenen, die mit dem Volke zu verkehren haben, wie eben politische Beamte und Richter, die Kenntniß beider Landessprachen fordert, so daß von jenen, die ohne diese Kenntniß zu einer solchen Stellung gelangt sind, angenommen werden kann, daß sie selbst mit Außerachtlassung des Gesetzes erlangt haben.

Wenngleich durch diese Lage Beobachtung des Gesetzes manche Beamte bei öffentlichen Behörden zur Anstellung gelangt sind, welche einer der beiden Landessprachen gar nicht oder doch nur im Wort, und das nothdürftig, mächtig waren, so gab es doch gewiß selbst bisher im Lande nur wenige Behörden, bei denen ein Landeseingeborner zufolge dieses Mangels den nöthigen Rechtsschutz nicht hätte suchen und erlangen können. Würde nunmehr bei der gesetzlichen Ordnung dieser Frage, im Gegensatz zu dem vorgeschlagenen § 9, die Bestimmung angenommen, daß die Beamten öffentlicher Behörden in böhmischen Gegenden nicht deutsch und in deutschen Bezirken nicht böhmisch zu können und zu amtiren verpflichtet sind, so wäre gerade dies, im Vergleiche zu dem bisherigen gesetzlichen Zustande, eine für die Landesbevölkerung vielfach drückende Neuerung. Denn ist einmal die Kenntniß der zweiten Landessprache für den Beamten kein gesetzliches Erforderniß mehr, so werden sich, zumal wenn die gegenwärtigen Bestimmungen über die strenge Einsprachigkeit der Mittelschulen aufrecht bleiben, successiv immer mehr Beamte finden, die der nöthigen Kenntniß der anderen Landessprache erwaugeln werden und die somit nicht in der Lage sein werden, Parteien der anderen Nationalität des Landes in ihrer Sprache den pflichtmäßigen Dienst zu leisten, wenn auch nicht angenommen werden will, daß sie dies aus Eigensinn oder Bequemlichkeit verweigern werden. Daß ein solcher Zustand der Dinge für den Verkehr, zumal zwischen nachbarlichen Bezirken verschiedener Zunge, eine wahre Calamität wäre, gewissermaßen einer Rechtsverweigerung und Rechtsverkümmerung gleich käme, ist für jeden, der einen Einblick ins Verkehrsleben gewonnen hat, einkuckend. Der Nachtheil einer solchen Rechtsverweigerung wäre gerade in Böhmen, wo Handel und Verkehr so vielseitig und lebhaft sind, wo Arbeiter beider Zungen oft massenhaft bei derselben Unternehmung beschäftigt werden, und wo zufolge dessen die Dienstleistung des Richters und Beamten häufig eben sowohl ex contractu als ex delicto in Anspruch genommen werden muß, zehnmal lästiger als anderswo, wo die Bevölkerung weniger rührig und beweglich ist. Ein solcher Zu-

stand wäre insbesondere sehr lästig für Handels- und Gewerbsleute, die den Einkauf von Rohmaterial und den Vertrieb ihrer Waare in Bezirken anderer Zunge besorgen, die ja so häufig in Rechtsconflicte gerathen und die Hilfe der Behörden in Anspruch zu nehmen bemüht sind. Diese wäre dann für sie mit so viel Zeitverlust und Vertretungskosten verbunden, daß sie es oft vorziehen würden, ein Unrecht in Geduld hinzunehmen, als sich mit so viel Mühe und Kosten ihr Recht zu schaffen.

Es ist offenbar illoyal und unberechtigt, aus Anlaß einer so althergebrachten, naturwüchsigen und unentbehrlichen Bestimmung, die von einem öffentlichen Beamten verlangt, daß er sich die Kenntniß der Sprache jenes Bürgers und Steuerzahlers verschaffe, welchem er in seiner Stellung amtliche Dienste zu leisten verpflichtet sein wird, von nationalem Druck und Sprachenzwang zu sprechen. Es ist dies eben so wenig ein Sprachenzwang, als wenn man von einem Candidaten der klassischen Philologie den Ausweis verlangt, daß er Latein könne; ist ja doch der Beamte des öffentlichen Dienstes wegen des Bürgers wegen da und somit auch verpflichtet, sich jene Qualifikation zu erwerben, die sein Dienst erfordert.

Gewiß gibt es für Niemanden einen Zwang, öffentlicher Beamter zu werden, aber wenn er es angemessen findet, seinen Gehalt aus den vereinigten Zahlungen der Landesbürger beider Nationalitäten zu beziehen, so möge er es auch billig finden, sich zum Dienste für beide die Eignung zu erwerben, zumal wenn er in verschiedensprachigen Gegenden oder in höhere Dienstesategorien befördert werden will, wo er dieser Kenntniß ja doch nicht entbehren kann.

Es wäre jedenfalls sonderbar, wenn man aus Rücksicht für die Bequemlichkeit einer geringen Zahl von Beamten, welche die Mühe scheuen, sich die zu dem Dienste, für den sie bezahlt werden, nöthige sprachliche Eignung zu verschaffen, diese hievon dispensiren wollte und dabei vergäße, daß man hiedurch vielleicht Millionen von Landesbürgern, einmal der deutschen, ein andermal der böhmischen Zunge, nicht etwa bloß eine Unbequemlichkeit zufüge, sondern nach Umständen einen effectiven Schaden durch Erschwerung des vollen Rechtsschutzes, auf den sie überall im Lande einen gerechten Anspruch haben, verursache.

Wenn jenes Wort ungerechter Beschuldigung, daß man den Deutschböhmen in seinem Vaterlande zu einem Bürger zweiter Klasse degradiren wolle, irgendwo am Plage wäre, so wäre es in dem Falle, wenn man durch die Annahme des Gegentheils von § 9 gesetzlich bestimmen wollte, daß er in zwei Dritttheilen des Landes die Hilfe der Behörden nicht in seiner Sprache und nicht anders als mit Hilfe von Dolmetschern und Vertretern suchen dürfe.

Die Bestimmung des Paragraphen ist zudem nur für die Zukunft festgestellt.

Betreffend jene bereits im Dienste stehenden Beamten, welche dormal der anderen Landessprache noch nicht mächtig sind, hat der Gesetzentwurf der h. Regierung auf sie billige Rücksicht genommen, welchem von der Commission noch eine ausdehnende Fassung gegeben wurde.

Die Bestimmung der Bildung von Nationalcurien hat im Princip allgemeine Billigung gefunden; es wurde jedoch namentlich in der deutschen Presse vielfach die Beforgniß ausgesprochen, daß der Zweck der Curien durch die Einreihung des Großgrundbesitzes vereitelt werden könnte.

Bei der zufolge der geschichtlichen Entwicklung unseres Vaterlandes ganz eigenthümlichen Stellung unseres Großgrundbesitzes zu der nationalen Frage und bei der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung desselben bietet die Behandlung desselben in Bezug auf seine Einreihung in die Nationalcurien große Schwierigkeiten, welche eben sowohl die Regierung als auch die Commission redlich zu lösen bemüht war.

Die Vertreter des Großgrundbesitzes aus den Curien ganz auszuschließen, wäre offenbar schon aus dem Grunde ein schreiendes Unrecht, weil ja die Beschlüsse der Curien mit Consequenzen verbunden sind, die auf seine Steuerleistung gewaltig Einfluß nehmen können. Zudem ist es wohl an sich schon unstatthaft, wo nicht geradezu beleidigend, durch eine solche Ausschließung zu erklären, daß der Großgrundbesitz Böhmens völlig nationalitätslos sei und für die nationalen, insbesondere die Culturinteressen keines der beiden Volksstämme des Landes ernstlich Sinn und Eifer habe, da es ja Thatsache ist, daß er für dieselben namhafte Opfer bringt und die

eine wie die andere Nationalität unter ihren Schriftstellern, ja unter den Vorkämpfern ihrer nationalen Interessen Großgrundbesitzer zählt, die hiemit ausgeschlossen würden, für ihre nationalen Parteiinteressen in die Curie einzutreten.

Gleichfalls verlegend wäre es für die persönliche Würde der Abgeordneten des Großgrundbesitzes, wenn sie verurtheilt würden, erst um ihre Aufnahme in eine Nationalcurie zu candidiren und wenn sie etwa bloß aus Opposition gegen ihre politische Ueberzeugung von einer nationalen Curie ausgeschlossen werden könnten, in welche sie nach ihrer Abstammung, Sprache und nationalen Sympathie gehören und bei der sie durch ihre Steuerleistung theilhaftig sind.

Eine durch das Gesetz angeordnete Einreihung der Großgrundbesitzer bloß nach ihrem Besitz — wie sie die Regierungsvorlage vorschlägt — hat den Uebelstand, daß sie mit der Ueberzeugung der Betreffenden leicht in Conflict kommen kann.

Die liberalste und würdigste Bestimmung in der Frage wäre offenbar die gewesen, den Vertretern des Großgrundbesitzes die Wahl der Curie nach ihrer Meinung und persönlichen Ueberzeugung vollkommen freizustellen; aber gerade diese Bestimmung hätte vielfach die Besorgniß wach gehalten, daß hiedurch der nationale Charakter einer oder der anderen Curie alterirt werden könnte, und es wäre demnach eine solche gesetzliche Bestimmung heftiger angegriffen worden, als selbst die von der Regierungsvorlage beantragte Einreihung nach dem Besitz.

Die Commission war bestrbt, das hier einzig liberale Princip der Wahrung freier Selbstbestimmung für die Vertreter des Großgrundbesitzes und der Großindustrie so weit als thunlich aufrecht zu halten, und es nur so weit zu beschränken, als es nöthig ist, um die Verhütung zu geben, daß fortan der Zweck der Curienbildung nicht beirrt werden kann. Sie hielt sich hierbei gegenwärtig, daß manche unter den Abgeordneten dieser Wählergruppen, bei der zarten Rücksicht, die sie für die nationale Empfindlichkeit der Bevölkerungen, unter denen ihre Besitzungen und Unternehmungen liegen, zu nehmen veranlaßt sind, es vorziehen werden, gar keiner Curie beizutreten.

Andererseits kann mit Rücksicht auf die im § 12 begründete finanzielle Seite der Frage ein Großgrundbesitzer billiger Weise nicht von den Verhandlungen einer Curie ausgeschlossen werden, die mit über seine Steuerleistung entscheidet, ohne Rücksicht, welcher Nationalität er für seine Person angehört.

Die Commission hat sich sonach für die Bestimmung entschieden, daß ein Vertreter des Großgrundbesitzes, der selbst Großgrundbesitzer ist, nur in jene Curie einzutreten berechtigt sein soll, in deren Sprachgebiete er selbst begütert ist; und somit auch ein persönliches Interesse zu vertreten hat.

Durch diese Bestimmung ist die Besorgniß zur Gänze ausgeschlossen, daß etwa die Großgrundbesitzer bloß zum Zwecke der Förderung momentaner politischer und nationaler Strömungen in eine oder die andere nationale Curie übertreten und so den Charakter derselben alteriren könnten.

Wer die thatsächlichen Verhältnisse des böhmischen Großgrundbesitzes kennt, dem kann es nicht entgangen sein, daß äußerst wenig Großgrundbesitzer böhmischer Nationalität im deutschen Sprachgebiete Böhmens begütert sind; eine Ausnahme hievon bilden höchstens einige wenige große Geschlechter, deren Besitzungen sich über die beiden Sprachgebiete erstrecken und deren Glieder muthmaßlich, wenn sie es nicht vorziehen, bezüglich der Curien ganz neutral zu bleiben, in jene Curie eintreten dürften, in welche das Schwergewicht ihrer Steuerleistung fällt. Zudem ist es schon aus socialen Gründen höchst unwahrscheinlich, daß sich Gutsbesitzer dieser Klasse einer Curie aufdrängen sollten, wo sie nicht hingehören und wo sie besorgen müßten, scheel angesehen zu werden. Sonach sind diejenigen Besitzer, welchen der durch die Commission vorgeschlagene Paragraph den Eintritt in die deutsche Nationalcurie offen läßt, nach Sprache und wohl auch ihrer nationalen Gesinnung nach fast ausnahmslos echte Deutsche und sind auch durch ihren Besitz und Wohnsitz an die Pflege und Vertretung der deutsch-nationalen Interessen angewiesen.

Einzelne unter ihnen dieser ihrer Nationalität etwa bloß deshalb verlustig erklären zu wollen, weil sie die factisch bestehenden Verfassungsgesetze nicht für ein Ideal von Vollkommenheit erkennen, geht eben so wenig an, als man die Tiroler oder Oberösterreicher aus der deutschen Nationalität hinausvotiren kann, weil sie nicht confessionslos sein wollen.

Nachdem nun außerdem — und dieser Umstand ist besonders hervorzuheben — die Commission, den von mehreren deutschen politischen Vereinen ausgesprochenen Wünschen möglichste Beachtung widmend, den Regierungsvorlage dahin abzuändern vorgeschlagen hat, daß zur Abgabe des Veto einer Nationalcurie nicht eine Zweidrittelmajorität nöthig sein möge, sondern die absolute Majorität der Gesamtzahl der Glieder genügen solle, so könnte sie selbst in dem unter den gegebenen Voraussetzungen absolut undenkbaren Falle, daß alle Großgrundbesitzer in eine Curie eintreten und entgegenstimmen, nicht an der Abgabe des Veto gehindert werden; es hieße sonach der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlagen, wenn man noch behaupten wollte, daß die deutsche Curie

durch den Eintritt von Großgrundbesitzern böhmischer Nationalität an der Ausübung ihres Veto gehindert werden kann.

Allerdings könnte bei Geltung der vorgeschlagenen Bestimmung weit mehr der nationale Charakter der böhmischen Nationalcurie durch den Eintritt der vielen, mitunter ausgesprochen deutschgesinnten Gutsbesitzer aus böhmischen Gegenden alterirt werden; aber auch hier ist bei Festsetzung der absoluten Majorität eine wirksame Behinderung der böhmischen Nationalcurie in der Abgabe ihres Veto nicht zu befürchten und jedenfalls bliebe es, wie gesagt, unbillig, die Besitzer großer Gütercomplexe von Verathungen und Beschlußfassungen auszuschließen, die ihnen große Lasten auflegen können.

Indem sich die Commission entschloß, dem hohen Hause die vorliegende Bestimmung bezüglich der Curienbildung zu beantragen, war sie der ehrlichen Ueberzeugung, diese gewiß freisinnige und gerechte Institution, die sich vielleicht auch anderwärts als bahnbrechend bewähren wird, eben sowohl für ihren Zweck ungebrochen zu erhalten, als auch das Recht der Selbstbestimmung der Einzelnen nach Gebühr zu wahren.

Einer weiteren Begründung ihrer Anträge glaubt die Commission entzathen zu können.

Möglicher Weise dürfte mancher in diesem Gesetze die nöthige Bestimmung für gewisse Fälle vermissen. Diesfalls möge es genügen, darauf hinzuweisen, daß ein Gesetz, welches bezüglich seiner Reform mit den Cantelen eines Landesgrundgesetzes ausgestattet und unter den Schutz des Krönungsbeides unseres allergnädigsten Königs gestellt werden soll, unmöglich Detailsbestimmungen aufnehmen darf, die sich später leicht unpraktisch erweisen könnten; für derlei Bestimmungen ist eben der Weg weiterer gesetzlicher Ordnung im § 13 offen gelassen, wobei jeder Nationalität die Gewähr geboten ist, daß derlei Gesetze nicht ohne Zustimmung ihrer Curie erlassen werden können.

Von dem eben gedachten Standpunkte wäre es sogar rathlich gewesen, einzelne Bestimmungen dieses Gesetzes der Zukunft vorzubehalten, wenn nicht die Commission, um der vorausgesetzten Absicht der hohen Regierung zu entsprechen, es für nöthig gehalten hätte, diese Bestimmungen zur Beruhigung einmal angeregter Besorgnisse schon dormal festzustellen.

Einer weiteren Begründung bedarf dieses Gesetz nicht bei allen jenen, welche aufrichtig wünschen, daß die nationale Gleichberechtigung nicht bloß ein unfruchtbares Princip bleibe, sondern ins praktische Leben eintrete.

Den bekannten edlen und väterlichen Intentionen Sr. Majestät unseres allergnädigsten Kaisers und Königs folgend, hat die hohe Regierung diesen Gesetzentwurf vorgelegt, um die nationalen Conflicte in unserem Vaterlande bleibend beizulegen und die nationalen Rechte beider Volksstämme dieses Landes unter den Schutz möglichst klarer, unzweideutiger Gesetze und der Landesverfassung zu stellen.

In gleichem Geiste allseitiger Gerechtigkeit und Verständigung hat auch Ihre Commission dieses Gesetz aufgefagt, berathen und amendirt.

Wenn sich auch heute noch einzelne Stimmen in vorgefaßter Meinung dagegen erheben sollten, so wird doch zuversichtlich in kurzem die Parteilucht einer gerechten und objectiven Beurtheilung Platz machen, und es steht zu hoffen, daß das Gesetz im nächsten Landtage durch einverständliche Annahme von Seite der Vertreter beider Nationalitäten des Landes den Charakter eines feierlichen, durch den Krönungsbeid noch zu höherer Bedeutung gehobenen Pactes der beiden Volksstämme erlangen und fortan, in seinem Wesen unerschüttert, zu dauerndem Segen des Landes gereichen werde.

Paris m. p.,

Otmann.

Dr. Fr. Lad. Rieger m. p.,

Berichterstatler.

Die „Niederlage des Ministeriums Hohenwart.“

Unter diesem Titel bringt „Warrens' Wochenschrift“ folgenden, die Politik des Ministeriums Hohenwart und die Action seiner Gegner beleuchtenden Artikel:

„Das Cabinet Hohenwart hat heute eine Niederlage erlitten,“ so verurtheilt die Presse, und eine ganze Reihe hauptstädtischer Organe commentirt mit großem Pathos daselbe Thema. Wenn diese geehrten Journale das ABC des Parlamentarismus sich zu Gemüthe führen möchten, so würden sie dessen gewahr werden, daß einem Ministerium nur von der Majorität und nicht von der Minorität Niederlagen bereitet werden können. Wenn wir nun recht informiert sind über den Ausgang der Wahlen in diesem cisleithanischen Staate, so befinden sich die Herren Dr. Gieska und Dr. Brestel, wie ihre Freunde und Genossen, die Herren Dr. Magg, Baron Tinti, Dr. Granitsch und andere der Redner mehr in der allerentschiedensten Minorität. Höchstens können sie sich darauf berufen, daß sie etwa in Niederösterreich, in Kärnten und in Schlesien eine Majorität für sich haben und also auf diesen kleinen Gebieten im Stande sind, Siege zu erröthen und Schlachten zu gewinnen. Nun wird das Ministerium Hohenwart, sowie die Partei, welche dieses Ministerium unterstützt, sich darüber zu trösten wissen, wenn die Siege der Herren Gieska und Brestel nur in der Herrengasse gefeiert werden, und

wenn ihnen dagegen vor dem Schottenthore diejenige Stellung angewiesen wird, welche sie ihren Gegnern in der Landstube bereiten. Es ist eine der schöneren Seiten unseres constitutionellen Systems, daß diejenigen, welche in der Hauptschlacht unterliegen, in einem Nebentreffen Vorbeeren erringen können. Wir besitzen so viel Gutmüthigkeit, um uns nicht darüber zu ärgern, wenn die alten Minister, welche vor dem Lande abgewirthe hatten, noch in einigen Landstuben von einer Majorität gehätschelt werden. Wenn nur Oesterreich sie verwirft, so gönnen wir ihnen gerne den Trost, daß Niederösterreich sie an sein Herz schließt.

Auch das Ministerium, welches aus jenen sieben guten Deutschen, den Herren Dr. Hasner, Dr. Gieska, Dr. Herbst, Dr. Plener, Dr. Vanhans, Dr. Brestel und Dr. Stremaier zusammengesetzt war, hat manchmal in einigen Landtagen gewaltige Niederlagen erlitten. Das würde jene guten Herren nicht vom Pferde auf den Fußboden gebracht haben, wenn sie nicht gleichzeitig verstanden hätten, die Mehrheit, welche einst im Parlamente für sie bestand, zu zerbröckeln und zu zerlegen. Ein Landtag, der nicht einmal einem Statthalter eine Niederlage beizubringen vermag, kann keine entscheidende Wirkung gegen ein Cabinet ausüben, das den Staat zu regieren hat. Eine Niederlage, wie sie das Ministerium Hohenwart im niederösterreichischen Landtage erlitten hat, würde nur dann gefährliche Folgen haben, wenn ihr eine Niederlage im Reichsparlamente folgte. Wer aber des Sieges an dem höheren Plage gewiß ist, der kann gleich muthig und kaltblütig das Siegesgeschrei an dem weniger bedeutenden Drie an seinem Ohr vorüberhallen lassen. Der Dünkel und die Aufgeblasenheit, welche einen niederösterreichischen Sieg als einen österreichischen schätzen möchten, welche in Vergessenheit zu bringen suchen, daß die locale Majorität nur ihren Platz bei der staatlichen Minorität einzunehmen vermöchte, verdient nur die Zurückweisung eines Lächelns. Wenn das Ministerium Hohenwart keine schwerere Schlappe erleiden sollte als diejenige, von welcher es am 5. October in der niederösterreichischen Landstube betroffen wurde, so wird es getrost auf jene Triumphe Verzicht leisten können, welche die Herren Dr. Gieska und Dr. Brestel an jenem Tage in der Herrengasse feierten.

Erweiternd aber ist es für den Zuhörer bei diesem Siegeslärme, für den Zuschauer bei diesem Sturm im Wasserglase, wie föderalistisch unsere guten Centralisten von ehemals geworden sind. Der Landtag von Niederösterreich hat für sie jetzt, da sie in die Minorität gekommen sind, schon eine Bedeutung, die sie ehemals den von ihnen geringgeschätzten und gehänselten Landtagen niemals einräumen wollten. Jetzt verwechseln sie schon das Landchen mit dem Lande, jetzt affectiren sie schon den Glauben, als sei das Schwert, welches sie einst als ein hölzernes verhöhnnten, ein stählernes und als könne ein Windchen in der Herrengasse ein Ministerium enturzeln und die Herren Gieska und Brestel wieder in den Ministerfauteuilles zu jener Ruhe bringen, welche sie auf gewöhnlichen Stühlen niemals finden werden.

Die Partei, welche das große Wort im niederösterreichischen Landtage führt, ist nicht eine solche, welche nie die Gelegenheit gehabt hat, Proben ihrer politischen Befähigung abzulegen. Sie hat die Regierung in Händen gehabt; sie hat einst eine Mehrheit unter ihren Fahnen versammelt und hat sie von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr schmelzen sehen, bis sie zerfloß wie der Schnee im Frühjahr. Kaum daß noch ein Nichtdeutscher zu dieser Partei gehört, während drei echt deutsche Länder, Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg mit ihr nichts zu schaffen haben wollen. Diese Partei, welche sich fälschlich eine liberale nennt, hat die Cardinalprincipien des Liberalismus und des Parlamentarismus verleugnet. Sie will ihren eigenen Stamm als eine Geburtsaristokratie mit Rechten ausgestattet sehen, welche zu Vorrechten gegenüber anderen Stämmen werden. Sie hat für die letzteren nur Worte der Geringschätzung und Schmähung. Sie hat im Staate einmal die unbedingte Herrschaft im Geiste der häßlichsten Exklusivität geübt, indem sie alle Ministerposten, indem sie alle einflussreichen Stellen im Staate für ihren eigenen Stamm in Beschlag nahm. Sie beansprucht die Herrschaft nicht allein, wenn ihr die Majorität zuzust, sondern auch dann, wenn sie in der Minorität ist.

Wenn nun das Ministerium Hohenwart sich zu einer Politik bekennen würde, welche ihm im niederösterreichischen Landtage eine Niederlage nicht bereiten würde, so wäre es dessen gewiß, eine solche im Reichsrathe erfahren zu müssen. Wie die Dinge jetzt stehen, so beweist nur der erbitterte Haß der herrschenden Partei im niederösterreichischen Landtage, daß die von ihr Angefeindeten die Sympathien der Mehrheit im Lande besitzen, und daß sie nach parlamentarischen und liberalen Grundsätzen berechtigt sind, die Zügel der Regierung in Händen zu halten. Nichts ist aber charakteristischer für den Größenwahn, welcher jene Partei besetzt, die im niederösterreichischen Landtage die Herrschaft hat, als daß sie, sich dessen wohl bewußt, wie sie die Mehrheit im Lande nicht bildet, dennoch einem Ministerium zuruft: Entferne Dich von Deinem Plage, weil wir nicht so gnädig sind, Dir unsere Zustimmung zu gewähren.

Politische Uebersicht.

Laibach, 12. October.

Einige Wiener Organe bezweifeln die Richtigkeit der von der „Wiener Abendpost“ gemachten und von uns gestern mitgetheilten Bemerkung, daß die gegenwärtig vorliegenden böhmischen Ausgleichselaborate — nicht zu verkenneenden Fortschritt gegen die bekannte Declaration vom 22. August 1868 bilden. Die- sem Zweifel gegenüber genügt es, eine einfache Parallele zwischen Declaration und dem jetzigen Ausgleichselaborate zu ziehen. Die Declaration stellte sich auf den Standpunkt der Personalunion, das jetzige Ausgleichselaborat hat diesen Standpunkt verlassen und sich auf das Gebiet der Realunion gegeben. Während die Declaration den ungarischen Ausgleich nur insoweit anerkannte, als derselbe den Rechten Böhmens nicht präjudicirte, enthält das jetzige Elaborat die bedingungslose Anerkennung der Vereinbarungen mit Ungarn. Die Declaration kennt nur Landtage und die Reichsdelegation, während das jetzige Elaborat nebst der Anerkennung der reichsgemeinsamen die theilweise bedingungslose Anerkennung der diesseits gemeinsamen Angelegenheiten ausspricht und ein Organ für die constitutionelle Erledigung der Letzteren proponirt.

Man mag über das Maß und den Inhalt der Forderungen des böhmischen Landtages welches Urtheil immer haben, man mag den Namen oder die Form der in den Elaboraten bezeichneten Körperschaften noch so sehr in die Discussion ziehen, aber man wird und muß nach ruhigem Vergleiche der Declaration und der jetzigen Elaborate der Ansicht beipflichten, daß die Letzteren im Principe wesentliche Zugeständnisse an die gegebenen Verhältnisse bilden. So viel auch dieser Fortschritt geleugnet wird, so besteht er doch und dürfte, wenn erst einmal eine objectivc Ermäßigung sich Bahn brechen wird, ohne Zweifel seine Würdigung finden; dann aber wird dieser Fortschritt nicht mehr ausschließlich als ein Act einseitiger Nachgiebigkeit angesehen werden.

Das „Pester Journal“ meldet: An den Minister-Präsidenten Grafen Andrassy und auf die auf dem Lande weilenden Mitglieder der Deal-Partei erging am 10. d. von Joseph Just, als Präsidenten des Deal-Clubs, die telegraphische Aufforderung, sich sofort zu einer Conferenz in Angelegenheit der cisleithanischen Situation in Pest zu versammeln.

Die „Agrarier Zeitung“ meldet: In der am Coridon gelegenen Rakowitzer Compagnie des Oguliner Regiments sind Sonntag, 8. d. Früh, bewaffnete Banden aufgetreten, welche nach Ueberwältigung der gegen sie ausgesendeten Patrouillen das dortige Compagnie-Magazin geplündert und weitere Ausschreitungen begangen haben. Zur Herstellung der Ordnung und Ruhe sind von dem Commandirenden, FML. von Molinari, sogleich die umfassendsten Maßregeln ergriffen worden. Die Unruhen blieben localisirt, die nachbarlichen und alle übrigen Bezirke der Grenze sind vollkommen ruhig.

Der König und Prinz Otto von Baiern gehen nach Hohenschwangau, wo der Geburtstag der Königin gefeiert wird. — Der König ernannte den Prof. Dr. Bösl, langjährigen Präsidenten der Abgeordnetenkammer, zum lebenslänglichen Reichsrath. General v. d. Thann hat gutem Vernehmen zufolge die Reichsrathswürde abgelehnt.

Die „Provinzial-Correspondenz“ meldet mit Präcision, was im deutschen Reichstage zur Verhandlung kommen soll. Bewilligung des Budgets, Errichtung eines Kriegeschlages, Gehaltserhöhung der Reichsbeamten und andere ähnliche Themen sollen die Verhandlungsgegenstände der deutschen Reichsvertretung bilden; am wichtigsten scheint die Münzfrage, die ebenfalls dem Reichstage zur Begutachtung vorgelegt werden soll, zu sein. — Fürst Bismarck besuchte am 10. d. Nachmittags 2 Uhr den französischen Finanzminister Pouyer-Quertier. Heute Vormittags begab sich Graf Arnim nach einer mit Bismarck gepflogenen Unterredung zu Pouyer-Quertier. Der Kaiser präsidirte heute Nachmittags einer Conferenz. Der Kronprinz trifft zur Eröffnung des Reichstages hier ein. Am 10. d. fand die Eröffnung des Congresses der evangelischen Geistlichen aus Deutschland statt. Der Cultusminister v. Mähler präsidirte.

Das „Journal officiel“ meldet: Der Deputirte Lafrey wurde zum Gesandten und bevollmächtigten Minister Frankreichs in der Schweiz ernannt. Auf Ansuchen des Prinzen von Joinville erhielt dessen Sohn, Herzog von Penthièvre, derzeit Lieutenant in der Marine der Vereinigten Staaten, die Ermächtigung, provisorisch ohne Sold und Avancementsanspruch in die französische Flotte einzutreten. Die Nationalversammlung wird späterhin über seine definitive Stellung entscheiden. Das Leichenbegängniß des Ministers Lambrrecht wird morgen (11. d.) in Versailles stattfinden. Thiers hat beschlossen, die Vertretungen Frankreichs in Brüssel und Stuttgart fortbestehen zu lassen, obgleich Württemberg seine Vertretung in Paris bestimmt aufhebt und der Fortbestand der bairischen zweifelhaft ist. — Der Pariser Gemeinderath beschäftigt sich mit den Plänen zur Wiederherstellung des Stadthauses. Man will nicht mehr als 18 Millionen auf dieselbe

verwenden; die jetzigen Fundamente sollen beibehalten werden. Auch die Vendôme-Säule sieht ihrer Aufrichtung entgegen. Vielleicht in der nächsten Woche schon wird das Zimmergerüst sich aufrichten. Ein Decret im „Journal officiel“ schreibt die Bedingungen vor, welche von den algerischen Israeliten zu erfüllen sind, um in Gemäßheit des noch nicht aufgehobenen Decretes vom 24. October 1870 die Wahlfunctionen provisorisch ausüben zu können. — Graf Chambrord hat seine Anhänger nach Genf berufen, wo eine große Versammlung von Legitimisten stattfinden soll.

Ein Schreiben aus Versailles berichtet, daß nach den bisher bekannten Resultaten der Generalrathswahlen vier Fünftel der Gewählten den Conservativ-Liberalen angehören, welche die Regierung unterstützen. Die hervorragendsten bonapartistischen Candidaturen sind gescheitert. In Corsica sind Savini und Galloni d'Isiria durchgefallen. Conti bedarf noch einer Ballotage. Legitimisten wurden sehr wenige gewählt. Die Ernennung Victor Vefrances zum Minister des Innern wird immer wahrscheinlicher.

Aus Petersburg verlautet neuerdings, daß eine Begegnung zwischen dem Präsidenten der französischen Republik und dem Fürsten Gortschakoff stattfinden werde. Die Ernennungen im russischen diplomatischen Corps sollen erst nach der Rückkehr des Kaisers Alexander nach Petersburg erfolgen. Auch die Ernennung des Fürsten Orlov zum Botschafter in Paris wird zwar von mehreren Seiten angekündigt, ist indessen noch nicht vollzogen.

Im Congresse zu Madrid hat am 10. d. die Debatte über den Bericht, betreffend den Vertrag mit der Banque de Paris, begonnen. 109 Deputirte und Senatoren haben bereits ihre Zustimmung zur gemeldeten Versöhnungsformel erklärt. Die Anhänger Sagasta's beschloßen ihre Zustimmung gleichzeitig mit einem Vertrauensvotum für die Regierung. Ministerpräsident Malcampo empfing das diplomatische Corps. Die Ernennung Rolledo's zum Secretär des Gouvernements von Madrid ist beschloßen.

Krainischer Landtag.

9. Sitzung.

Laibach, 12. October.

Beginn der Sitzung um halb 11 Uhr. Anwesend 22 Abgeordnete. Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Razlag. Regierungsvertreter: Landespräsident von Wurzbach.

Der Schriftführer verliest das Protokoll der 8ten Sitzung, gegen welches keine Einwendung erhoben wird. Der Landeshauptmann verliest die Note des hohen k. k. Landespräsidiums, des Inhalts, daß Se. Majestät das in der zweiten Sitzung des krainischen Landtages beantragte Gesetz über den Mandatsverlust von Landtagsabgeordneten sanctionirt habe und daß dieses Gesetz im Reichsgesetzblatte erscheinen werde.

Hierauf werden mehrere von den Abgeordneten Grabrijan, Kramarič, Pintar und Dr. Costa eingebrachte Petitionen den bezüglichen Ausschüssen zugewiesen.

Vor Uebergang zur Tagesordnung theilt der Landespräsident mit, daß er zufolge Allerhöchster Entschloßung vom 8. d. M. ermächtigt sei, dem Landtage den Allerhöchsten Dank Sr. k. und k. apostolischen Majestät für die Loyalitätskundgebung anlässlich des Allerhöchsten Namensfestes bekannt zu geben. (Dreimaliges Bravo im Hause und im Zuhörerraum.)

Zur Tagesordnung übergehend, wurden ohne Debatte und einstimmig nach dem Antrage des Dr. Costa der erste Punkt derselben, das Gesetz, mit welchem die §§ 3, 12 und 38 der Landesordnung für das Herzogthum Krain vom 26. Februar 1861 abgeändert werden, dem Verfassungsausschusse, — und der zweite Punkt, Bericht des Landesauschusses, betreffend die Präliminare des Normalerschulschuljahres pro 1870, 1871, 1872 und dessen Uebernahme in die Landesverwaltung dem Finanzausschusse zugewiesen.

Der Landespräsident bemerkt bezüglich des zweiten Punktes, daß zu den Ausschussberathungen ein Vertreter der Landesregierung beizuziehen sei.

Der dritte Punkt der Tagesordnung, der Bericht des Landesauschusses betreffend die von der Fabrikdirection Leham-Josephthal angesuchte Einbeziehung der Brücken bei Görttschach und Virje in die Bezirksconcurrentz und die Umlegung der Zwischenwässern-Görttschacher Concurrentzstraße wurde nach dem Antrage des Referenten Dr. Costa einstimmig dahin erledigt: 1. Daß für den Fall der Uebernahme von einem Drittel der Herstellungskosten durch die Leham-Josephthaler Fabrik die Brücke bei Görttschach als ein Concurrentzobject erklärt würde, zu dessen erster Herstellung der Landesfond mit einem Drittel, die Concurrentzbezirke Umgebung Laibach und Pack ebenfalls mit einem Drittel die Kosten zu gleichen Theilen beizutragen würde, und deren weitere Instandhaltung dem Bezirke Umgebung Laibach obläge. 2. Für die Umlegung der Concurrentzstraße Pack-Zwischenwässern in der Strecke von Görttschach bis Zwischenwässern wird aus dem Landesfonde, und zwar für die Grundeinköpfung ein Betrag von 1000 fl. bewilligt, falls die übrigen Expropriationskosten die Fabrik inhabung Leham-Josephthal übernimmt. 3. Für den Fall des Zustandekommens

obiger Vereinbarungen, wird der Landesauschuss beauftragt, das Nöthige zu veranlassen. 4. Bezüglich der Einbeziehung der Savabrücke in Virje sind die weiteren Erhebungen zu pflegen.

Sodann verliest Dr. Costa den in deutscher Sprache verfaßten Bericht des Landesauschusses, betreffend die Erklärung des Gemeindegewes von Brinje über Kallensfeld nach Planina zu einer Concurrentzstraße und die Auflassung der bisherigen Concurrentz-Strassenstrecke von Brinje nach Puegg (viertel Punkt der Tagesordnung) und beantragt die Unterbrechung der Sitzung auf 10 Minuten behufs Uebersetzung des Antrages.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, die Sitzung unterbrochen und sodann von Dr. Costa der Antrag in slovenischer Sprache vorgetragen, dahin gehend, daß die Strecke von Brinje nach Puegg aufzulassen, dagegen die Strecke von Brinje über Kallensfeld nach Planina als Concurrentzstraße erklärt werde. Wird einstimmig angenommen.

Der Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des Landesculturfondes für das Jahr 1872 und der Bericht des Landesauschusses über das Gesuch der Gemeinden Gereuth und Sibera im Bezirke Planina um Einverleibung in den Oberlaibacher Bezirk wurden nach dem Antrage der Referenten Murnik und Dr. Costa, welcher Letzterer die angesuchte Einverleibung befürwortet, angenommen.

Der siebente Punkt der Tagesordnung wird nach dem Antrage des Referenten dahin erledigt, daß zum krainischen Theaterfonde für das Jahr 1872, da den präliminirten Ausgaben von 6419 fl. nur ein Einkommen von 2300 fl. gegenübersteht, der Abgang mit 4119 fl. aus dem Landesfonde zu leisten sei.

In Erledigung des achten Punktes der Tagesordnung wird nach dem Antrage des Referenten der Landeshauptstadt Laibach die Contrahirung eines Lotterielehens im Nominalbetrage von Einer Million Gulden gestattet.

Vor Schluß der Sitzung setzt der Landespräsident dem Landtag von der ihm vom hohen Ministerium zugeworbenen Mittheilung in Kenntniß, daß zufolge Allerhöchster Entschloßung vom 7. October d. J. der Landtag längstens am 14. October l. J. zu schließen sein werde; daher die von ihm bereits mit Note vom 25. September l. J. beantragte Wahl der Reichsrathsabgeordneten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen sei.

Dr. Bleiweis stellt mit Hinweisung auf die noch zu erledigenden Anträge, deren Zahl 15 sei, und mit Hervorhebung des Umstandes, daß darunter auch Regierungsvorlagen sich befinden, so das Schulgesetz, das seit dem Jahre 1869 der Erledigung entgegensteht, — den Antrag, es werde der Landespräsident ersucht, er möge dem Minister des Innern im telegraphischen Wege das Ansuchen des Landtages um Verlängerung der Session auf eine Woche behufs befürwortenden Vortrages bei Sr. Majestät mittheilen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Dr. Costa beantragt, daß die verschiedenen Ausschüsse berechtigt sein sollen, bis zum Schluß dieser Session die Berichterstattung ohne Drucklegung der Berichte und Einsetzung in die Tagesordnung zu pflegen: Wird angenommen.

Dr. Bleiweis beantragt, daß die nächste Sitzung schon morgen, d. i. den 13. d. M., stattfinden möchte, bei welcher das Schulgesetz zur Sprache kommen soll.

Dr. Costa berichtet, daß das eine Schulgesetz schon gedruckt, das zweite aber noch nicht revidirt sei, und um dieses zum Abschluß bringen zu können, beantrage er, daß die nächste Sitzung am Samstag stattfinden möge.

Der Antrag Dr. Costa's wird angenommen und die nächste Sitzung auf Samstag den 14. October bestimmt.

Der Landespräsident wiederholt nochmals den Wunsch wegen der Wahl der Reichsrathsabgeordneten bei der nächsten Sitzung und der Landeshauptmann erwiedert darauf, daß dies der Landtag durch Beschluß entscheiden werde.

Schluß um 12 Uhr.

Aus den Landtagen.

(Neuester Bericht.)

Görz. Berathungen über Schul- und Gemeinde-Angelegenheiten, Antrag auf Erlaß einer Grundbuchordnung.

Kärnten. Berathungen über Schul-, Straßen-, Spitals- und Bachregulierungs-Angelegenheiten.

Steiermark. Berathungen wegen des Gerichtshofes in Warburg, über Gemeinde-, Straßen-, Brücken- und Bezirksregulierungs-Angelegenheiten.

Niederösterreich. Berathungen über Bau-, Straßen-, Gemeinde-, Landescultus-, Polizei- und Schul-sachen; Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichtes.

Oberösterreich. Erledigung des Landespräliminates und Berathungen über Schul-sachen und Umlagen.

Tirol. Berathungen über das Notariatsinstitut, Brandversicherung-, Militärstellungs- und Schulangelegenheiten.

Böhmen. Annahme der Adresse und Fundamentalarartikel.

